Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (Im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljähr.	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien . . .	Lew	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland . . .	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland . . .	Fmk	4.—	Fmk	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien . .	d	[illegible]	sh	4.—
Holland . . .	Gld	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 29
Sonnabend, 31. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal (Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	P. £	0·018	P. £	0·216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Hitlers Zehnjahrepakt

Inflation der Friedensgarantien

Als Gegenleistung für die verlangte Legalisierung der deutschen Rüstungen hat Hitler einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit allen Nachbarn angeboten. „Doppelt genäht hält besser", sagt ein altes Sprichwort. Aber wenn Hitlers Vorschlag angenommen würde, hieße das nicht nur doppelt, sondern sogar sechsfach genäht. Womit aber keineswegs gesagt ist, daß es dann auch halten muß..

Erinnern wir uns: Nach dem Kriege galt die Völkerbundsakte, die die Schlichtung aller Streitigkeiten durch den Völkerbund vorsah, als ausreichende Sicherung. Nachdem diese Meinung durch den Ruhrkonflikt einen argen Knacks bekommen hatte, kam der Locarnopakt. Er war nach dem Westen ein ausdrücklicher Verzicht auf Grenzrevision; nach dem Osten, Polen und der Tschechoslowakei, wurde zwar ein solcher Verzicht nicht wörtlich ausgesprochen, wohl aber verpflichtete man sich auch hier gegenseitig zum Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung. Dieser Verzicht wurde dann durch den Kellogg-Pakt nach den verschiedensten Seiten hin noch einmal befestigt.

*

Als Hitler zur Macht kam, erwarteten viele von ihm die so oft angekündigte „Zerreißung" der Verträge. Zu dieser kam es jedoch nicht. Auch die Völkerbundsakte wurde nicht „zerrissen", es ist nur von dem statutenmäßigen Recht der Kündigung Gebrauch gemacht worden. Deutschland bleibt bis zum Oktober 1935 Völkerbundsmitglied, es hat nur freiwillig auf das Recht, im Völkerbundsrat vertreten zu sein, verzichtet, zahlt aber seine Beiträge weiter fort. Es wurden also die alten Verträge und Abkommen durchaus nicht zerrissen. Im Gegenteil! Kaum hatte Hitler die Regierung in der Hand, da begann auch er Sicherheitspakte abzuschließen. Zur Völkerbundsakte (Nr. 1), zum Locarnovertrag (Nr. 2) und zum Kelloggpakt (Nr. 3) gesellt sich nun der Viererpakt (Nr. 4) und die deutschpolnische Nichtangriffserklärung (Nr. 5).

Der auf dem Vertrag von Versailles aufgebaute Viererpakt zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien sollte diese vier Mächte verpflichten, keine wichtigen, die gegenseitigen Interessen berührenden Schritte in der Außenpolitik zu unternehmen, ohne sich zuvor ins Benehmen miteinander gesetzt zu haben. Dieser Viererpakt hätte schon allein den Frieden Europas für Jahrzehnte sichern müssen, wenn er nur gehalten worden wäre. Aber als Deutschland dem Völkerbund kündigte, war vom Viererpakt schon nicht mehr die Rede, dafür kam die deutschpolnische Nichtangriffserklärung. Zwar hätte eigentlich schon die Völkerbundsakte genügen müssen, um den ewigen Frieden zwischen Deutschland und Polen zu sichern, und wenn die Völkerbundakte nicht reichte, war noch der Locarnopakt da und, wenn auch dieser nicht hielt, der Kelloggpakt. Trotzdem wurde auf den Ossa dieser Friedenssicherungen noch der Pelion der Nichtangrifferklärung getürmt.

Der diplomatisch nicht vorgebildete Leser müßte meinen, nun sei doch wirklich der Frieden gesichert. Aber nein! Schon ist der verständigungsfrohe Hitler mit einem neuen Vorschlag einer neuen Friedenssicherung zur Hand, dem Vorschlag des zehnjährigen Nichtangriffspakts. Das wäre dann Nr. 6 seit Versailles, beziehungsweise Nr. 3 seit der Machtergreifung Hitlers. Man merkt die Beschleunigung des Tempos. Seit Hitler dabei ist, kann mit Fug und Recht von einer Inflation der Friedensgarantien geredet werden. Auch diese Art von Papieren wird immer zahlreicher, während ihr Wert in raschem Tempo fällt.

Was soll der Zehnjahrepakt? Dem Namen nach ist er nicht mehr als seine Vorgänger, sondern weniger. Er bestätigt, was schon ausgemacht ist, beschränkt aber die Zeitdauer auf zehn Jahre. Oder sollen etwa die anderen Verträge weiterlaufen? Dann wäre der Zehnjahrepakt völlig sinnlos. Würde aber z. B. auch der Locarnopakt auf eine zehnjährige Laufzeit begrenzt, so würde das bedeuten, daß Deutschland nach zehn Jahren wieder berechtigt wäre, auch im Westen die territoriale Revision zu betreiben! Man kann freilich auch so argumentieren, daß man sagt, eine wirksame Friedensgarantie für nur zehn Jahre sei mehr wert als eine unwirksame auf ewige Zeit. Damit wäre zugleich ausgesprochen, daß Völkerbundsakte und Locarnopakt, Kellogg- und Viererpakt nebst der deutschpolnischen Nichtangriffserklärung das Papier nicht wert waren, auf das sie geschrieben wurden. Nur — woher will man denn den Glauben nehmen, daß Hitlers Zehnjahrepakt wertvoller ist?

*

Man tut der gegenwärtigen deutschen Regierung sicher kein Unrecht, wenn man von ihr sagt, daß sie von Verträgen, Pakten, Vereinbarungen, großen und kleinen Ehrenworten gar nichts hält. Sie hält nur von einem etwas, von der Gewalt. Die will sie vorbereiten, und um dabei nicht gestört zu werden, ist sie bereit, Erklärungen beliebiger Art abzugeben und alle möglichen Papiere zu unterschreiben. Das sind eben Formalitäten, aber die Gewalt ist eine Realität. Als Stresemann den Locarnopakt unterzeichnet hatte, schrieb der „Völkische Beobachter", diesen Außenminister müßte man wie einen Hund totschlagen. Der „Völkische Beobachter" argwöhnte nämlich, Stresemann wolle den Pakt nicht nur unterzeichnen, sondern auch halten. Ueber einen solchen Verdacht ist Hitler erhaben, und darum kann er unterschreiben, was er will, niemand wird ihn deshalb mit Totschlag bedrohen.

Die NSDAP. müßte in der Tat auf den Ueberpazifismus, in dem sich Hitler wie kein Reichskanzler vor ihm überschlägt, schon längst mit einer Revolte geantwortet haben, wäre sie nicht überzeugt, es handle sich in diesem Falle um weiter nichts als eine Kriegslist.

*

Ein großes englisches Blatt schrieb neulich etwas ironisch, man sei sich in Paris über zwei Dinge vollkommen klar: erstens darüber, daß Deutschland mit aller Macht aufrüste, zweitens aber auch darüber, daß sich, trotz der bestehenden Verträge, nichts dagegen tun lasse; denn Sanktionen bedeuteten Präventivkrieg und kämen auf keinen Fall in Frage. Für den Präventivkrieg können allerdings nur Leute sein, die schon wieder total vergessen haben, was Krieg bedeutet. Man soll nur nicht versuchen, das, was klar ist an der gegenwärtigen Lage, wieder zu verdunkeln durch Scheinverträge, über deren Wert unter vernünftigen Leuten nur eine Meinung sein kann. Denn nicht auf den Buchstaben kommt es an, sondern auf den Geist. Und bei dem gegenwärtigen Geisteszustand sind Friedensverträge weiter nichts als Masken, hinter denen sich das wahre Gesicht der Zeit verbirgt.

Unterm Henkerbeil

Die Tragödie eines Neunzehnjährigen

Durch Mittelsmänner wurden uns die Einzelheiten einer furchtbaren Tragödie mitgeteilt.

Unter den in letzter Zeit zum Tode verurteilten Opfern des Dritten Reiches befand sich auch ein junger, neunzehnjähriger Mann, der angeklagt war, im Jahre 1932 an einem politischen Zusammenstoß beteiligt gewesen zu sein, bei dem ein SA-Mann ums Leben kam. Als das Todesurteil gegen ihn gefällt wurde, rief er entsetzt: „Ich bin aber ganz gewiß unschuldig!" Dann brach er zusammen.

Später, als er in seiner Zelle saß, erlaubte man ihm, nach Hause an seine alten Eltern zu schreiben. In jedem dieser Briefe stand:

„Ich bin unschuldig. Ich schwöre es. Man muß mich begnadigen!"

Seine Eltern waren verzweifelt. Sie liefen und schrieben und machten Gesuche, um ihren Sohn zu retten. Die Mutter rennt von einer Behörde, von einer Parteidienststelle zur anderen. Ueberall weist man sie mit nichtssagenden Worten ab. An einer Stelle sagt ein SA-Bonze kaltschnäuzig zu ihr: „Ihr Marxistenpack habt doch nichts anderes verdient. Ihr wolltet es ja so haben!"

Ein Bruder des Verurteilten, der einige Jahre älter ist, macht die gleichen Wege. Schließlich erhält er einen Bescheid des preußischen Ministerpräsidenten: „Ich lehne die Begnadigung ab. Göring."

Der Tag der Hinrichtung naht. Die Mutter will ihren Sohn noch einmal sehen. Sie erhält keine Besuchserlaubnis mehr. Kurze Zeit darauf erhalten die Eltern und der Bruder je eine Nachricht. Sie kamen an demselben Tage. Die eine kam aus dem Gefängnis. Darin stand: **„Liebe Eltern, lieber Bruder! Soeben teilt man mir mit, daß mein Urteil morgen vollstreckt werden wird. Das darf man doch nicht. Ich bin doch unschuldig!"**

Die zweite Nachricht aber stand in einer Zeitung: „Gestern morgen wurde der... durch Handbeil hingerichtet."

Nun schreibt der Bruder des Hingerichteten ein Gesuch, man möge die Leiche des jungen Menschen zur Bestattung freigeben. Im Namen der Mutter schrieb er, die wenigstens auf dem Friedhof eine Stätte stillen Gedenkens für ihren unschuldigen Sohn haben möchte. Auch dieses Gesuch wird vom preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt.

Aber mit diesen Schändlichkeiten ist die Sache nicht erledigt. Der Gesuchsteller wurde verhaftet, weil er geäußert hat, daß sein Bruder unschuldig gestorben sei. Ob die Mutter diesen zweiten Sohn wiedersehen wird?

Uebergriff gegen Ausländer

Vor fünf Wochen lief der dänische Dampfer „Kong Haakon" den Stettiner Hafen an, um seine Ladung zu löschen. Kaum war der Dampfer festgemacht, da drang deutsche Polizei ein und nahm widerrechtlich eine gründliche Untersuchung des Dampfers vor. Bei zwei Matrosen fand man einige Exemplare des „Neuen Vorwärts".

Obwohl die beiden Matrosen darauf hinwiesen, daß sie sich auf dänischem Grund und Boden befänden und daher lesen könnten, was ihnen gefiele, wurden sie an Ort und Stelle verhaftet und in das Gefängnis geschleift. Auch der Protest des Kapitäns nützte nichts. Er mußte die Heimreise ohne die beiden Verhafteten antreten.

Die beiden Matrosen wurden unter schweren Druck gesetzt. Man drohte ihnen mit einem Hochverratsverfahren. Hätte man diese Drohung wahr gemacht, so wäre das unter den heutigen Umständen gleichbedeutend mit langen Zuchthausstrafen gewesen.

Darum hat sich die dänische Regierung nach einem Bericht des dänischen Konsuls in Stettin dieser Sache energisch angenommen. Das dänische Außenreichsministerium verlangte in einer an Berlin gerichteten Note die sofortige Freilassung der zu Unrecht Verhafteten. Daraufhin wurden die beiden am 17. Dezember ohne jede Formalität entlassen und konnten die Heimreise antreten.

Görings Niederlage in Leipzig

Politische Lügen des Reichsgerichts

Der Leipziger Prozeß hat mit einem Rückzug und mit einer Niederlage geendet. Die Reichsrichter haben Torgler und die Bulgaren freigesprochen, und van der Lubbe zum Tode verurteilt. Sie haben eine wichtige Entscheidung über das persönliche Schicksal von vier Angeklagten gefällt — aber damit noch kein gerechtes Urteil; denn das Urteil folgt in seiner Begründung sklavisch den Lügen, die seit dem 28. Februar 1933 von der offiziellen Propaganda in die Welt gesetzt worden sind.

Hitler wollte noch in der Brandnacht van der Lubbe zwischen Torgler und Thälmann auf dem Platze vor dem Reichstag öffentlich aufhängen lassen. Er wollte das Fanal für den Staatsstreich durch eine propagandistische Exekution verstärken. Damals hat ihn Hugenberg davon abgebracht.

Göring hat in offener Reichsgerichtssitzung Dimitroff gedroht: „Warten Sie nur, Sie Halunke, bis Sie mir in die Finger kommen!"

Die Lust zum Hängen war groß bei den beiden Häuptern des Staatsstreiches. Was Hitler in der Brandnacht und noch am 21. März für opportun erschien, war am 28. Dezember nicht mehr opportun. Denn nach diesem Prozeß hätte die ganze Welt auf eine Hinrichtung von Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff mit der Feststellung geantwortet: **Das ist Mord!**

Indem die einst so hängelüsterne Regierung sich mit den Reichsrichtern auf vier Freisprüche geeinigt hat, hat sie einen Rückzug angetreten.

Zusammengebrochen aber ist die gesamte propagandistische Erfindung, auf der das Staatsstreichregime aufgebaut worden ist!

Die Lüge von der Anzündung des Reichstags durch Kommunisten, die Lüge von der Beteiligung der Sozialdemokraten, die Lüge vom bevorstehenden kommunistischen Aufstand — kurzum alles, womit Rechts- und Verfassungsbruch mitsamt den Scheußlichkeiten des braunen Terrors entschuldigt und verteidigt worden sind!

Die einzige politische Idee der Reichspropaganda besteht darin, der Welt den Hitlerismus als das letzte Bollwerk gegen den kommunistischen Umsturz vorzuführen. Dieser Idee sollten der Reichstagsbrand und der Reichstagsprozeß dienen. Wer glaubt heute noch, daß die KPD. die Anzündung des Reichstags befohlen habe, weil sie ein Fanal für den Aufstand brauchte? Der gesamte Prozeß ist trotz dem Aufmarsch der Belastungszeugen, dieser Mischung von meineidigen Verbrechern, Renegaten und Naziwürdenträgern, zu einem einzigen großen Gegenbeweis gegen diese These geworden. Daß im Urteil des Reichsgerichts diese These dennoch aufrechterhalten wird, zeigt nur, daß die Reichsrichter mit Herrn Bünger an der Spitze nicht unabhängig urteilende Richter sind, sondern Beamte des Dritten Reiches, die einen Spruch nicht nach Gerechtigkeit, sondern nach Opportunität gefällt haben! Nicht Recht und Gesetz — sondern der Befehl des Reichspropagandaministeriums liegt diesem Spruch zugrunde!

Man kann über die Katastrophe des Reichsgerichts kurz hinweggehen. Die Totalität des Regimes duldet keine Gerechtigkeit mehr, sondern nur noch die Staatsraison, und mit der Staatsraison des Dritten Reiches hat die Idee der Gerechtigkeit nichts gemein. Wer unter diesem Regime die Robe des Richters anzieht, kennzeichnet sich selbst als Diener gegen die Gerechtigkeit.

Aber die schlechten Richter sind zugleich schlechte Diener ihrer Herren gewesen! Sie sollten ihre Herren verteidigen gegen die Angriffe, die gegen das Regime und seinen Ursprung aus der ganzen Welt gerichtet worden sind. Sie sollten die Behauptung widerlegen, daß Göring selbst den Befehl gegeben habe, den Reichstag anzustecken. Sie haben die Behauptung aufgestellt, daß dem nicht so sei — aber sie haben dieser Behauptung nicht den mindesten Schein von Beweis zur Seite stellen können. Sie haben nicht vermocht, Tatsachen beizubringen, die die Ueberzeugung der ganzen Welt hätten erschüttern können.

Diesen Prozeß haben Hitler und Göring verloren!

Sie sind nicht die einzigen, die eine Niederlage von größtem Ausmaß erfahren haben! Mit ihnen haben den Prozeß verloren alle jene, die sich bereitwillig das Märchen vom kommunistischen Verbrechen erzählen ließen, um dennoch gemeinsame Sache mit den staatsstreichlüsternen Nationalsozialisten zu machen. Alle, die willfährig und widerstandslos die Verfügung über Leben, Recht und Freiheit der deutschen Staatsbürger dem braunen Terror ausgeliefert haben, betrauern den Verlust ihrer moralischen Basis — angefangen von Herrn von Hindenburg, der sich immer noch Reichspräsident nennt, über die Kommandeure der Reichswehr bis zu den Spitzen der Bürokratie und der Justiz!

Denn das Märchen vom kommunistischen Aufstand, dem der Reichstagsbrand als Fanal dienen sollte, ist der Panzer gewesen, mit dem die Helfershelfer der Nationalsozialisten sich gegen die Stimme des Gewissens und der Moral bewaffnet haben. Diese Stimme ist ihnen in die Ohren geschrien worden, aber sie meinten, daß sie nicht darauf zu hören brauchten, solange sie ihr Gewissen in die Obhut des Reichsgerichts gegeben hatten. Mochten die Anklagen über die Scheußlichkeiten des Terrors und über die Folgen ihres Handelns sich zu Bergen häufen — sie haben sich mit dem schwebenden Verfahren vor dem Reichsgericht getröstet. Sie haben selbst das Recht und die Freiheit und die Verfassung mit beiden Füßen niedergetrampelt — immer unter dem Vorwand, das Land vor dem Kommunismus zu retten. Aber nun ist das Märchen zu Ende. Niemand in der ganzen Welt wird ihnen weiterhin den guten Glauben zubilligen. Der Spruch des Reichsgerichts ist ebenso für das Gewissen dieser Herren bestimmt wie für das Renommee des Regimes. Aber ihr Gewissen wird nun vor den Richterstuhl der geschichtlichen Wahrheit gezogen werden.

Das Reichsgericht hat zu der Lüge vom kommunistischen Aufstandsversuch eine weitere Geschichtslüge hinzugefügt.

Es hat die Behauptung aufgestellt, daß die Nationalsozialisten, des kommenden Wahlerfolgse sicher, keinerlei Manipulation und keinerlei Fanal nötig gehabt hätten. Das ist eine dreiste Fälschung des geschichtlichen Tatbestandes!

Tatsache ist, daß die Kanzlerschaft an Herrn Hitler im Augenblick des Schwächeanfalls seiner Partei gegeben wurde. Tatsache ist, daß er den Staatsstreich wagen mußte, wenn seine Bewegung in der Zukunft nicht rückläufig werden sollte. Tatsache ist, daß selbst ein übergroßer Wahlerfolg ihm nicht die legale Grundlage zur Verwirklichung seiner Diktatur gegeben hätte. Hitler und Göring brauchten den Absprung zum Staatsstreich. Sie brauchten ein Ereignis, das ihnen ermöglichte, dem Reichspräsidenten die Macht aus der Hand zu nehmen und ihre Konkurrenten aus dem deutschnationalen Lager zur Ohnmacht zu verurteilen.

Wenn die Frage „zu wessen Gunsten?" gestellt wird, so entscheidet diese Frage gegen die Nationalsozialisten. Das Reichsgericht hat diese Frage aufgeworfen. Es hat sie beantwortet wie das Interesse des Regimes es befahl — aber es hat damit zugleich den schwersten Schlag gegen seine Auftraggeber geführt. Es hat seine Antwort nur mit einer Geschichtslüge zu begründen gewußt, die jedermann außerhalb Deutschlands sofort zu durchschauen vermag.

Im Augenblick des Reichstagsbrandes war die kommunistische Partei schwach. Ihre Unentschlossenheit und ihre Schwäche war bereits sichtbar geworden, als sie die Demonstration der braunen Bürgerkriegstruppen auf dem Bülowplatz vor ihrem Parteihaus dulden mußte.

Die Nationalsozialisten aber brauchten den Absprung,

der ihnen den Uebergang zu Diktatur und Terror ermöglichen sollte. Niemand glaubt, daß die KPD. ihnen, gegen die eigenen Parteiinteressen eklatant verstoßend, diese Chance zum Absprung geschenkt haben!

Die politische und moralische Niederlage ist eklatant. Aber selbst um den Preis dieser Niederlage kommt das Regime nicht von der weiter schwärenden Frage nach der Schuld los. Denn unerbittlich wird immer wieder die Frage aufgeworfen werden: Wer hat den Befehl gegeben, den Reichstag in Brand zu setzen, wer hat den Befehl ausgeführt?

Sie können van der Lubbe hängen. Sie können ihn hinter Mauern stumm machen. Aber was weiß denn er? Und ist es ein Beweis für die Unschuld von Göring, wenn van der Lubbe stumm gemacht ist?

Aufruhr der Kanzeln

Pfarrer wider Pfarrer

Die Einigung Deutschlands macht rasende Fortschritte. Sie ist schon so weit, daß am höchsten Tage der Christenheit unzählige Kanzeln gegen die nationalsozialistische „Erneuerung" protestierten. Da die katholische Geistlichkeit in Deutschland vom Konzentrationslager bedroht wird, wenn sie die christlichen Gebote pflichtgemäß verkündet, wurden ihre österreichischen Kollegen um so deutlicher. In allen Kirchen kam ein Weihnachtshirtenbrief zur Verlesung, in dem

gegen nationalsozialistische Barbarei,

Religionszersplitterung, Nationalsozialismus und Rassenwahn einmütig protestiert wurde.

Weniger einheitlich und dafür um so turbulenter ging es um Weihnachten in den evangelischen Landeskirchen des Dritten Reiches zu. Kanzel stand wider Kanzel, und verschiedene Gläubige werden sich hüten, draußen zu interpretieren, was sie in manchen Kirchen hörten, nämlich Kampfrufe gegen die oberste Kirchenbehörde. Denn der Streit zwischen der Pfarreropposition und dem Reichsbischof, zwischen den Altgläubigen und der neuen „Nationalkirche", hat sich konsequent weiter verschärft — trotz der Konzessionen, die den Altgläubigen vom Reichsbischof Müller gemacht wurden. Es nützte nichts, daß er den wider das jüdische Kruzifix ketzernden Bischof Hossenfelder aller Aemter entsetzte, daß er die Bewegung der braunen „Deutschen Christen" entpolitisierte und fallen ließ, daß sein geistliches Ministerium zurücktrat und ein neues mit neutraleren Geistlichen gebildet wurde. Die Bischöfe von Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Hannover und der hinter ihnen stehende Pfarrernotbund forderten Rücktritt des nationalsozialistischen Vertrauensmannes, Reichsbischof Müller.

Als alles Zuckerbrot nichts half, versuchte er es mit der Peitsche und verfügte vorige Woche die

Eingliederung der evangelischen Jugendbünde in die Hitlerjugend.

Gleichzeitig enthob der wotansgläubige Baldur von Schirach den bisherigen Führer der evangelischen Jugend seines Amtes. Aber so sehr diese Beschlagnahme ihrer Jugendreserven, die die altgläubige Opposition auch trifft — sie war klug genug, Ruhe zu bewahren und sich nicht aufs politische Glatteis locken zu lassen. Ihre Forderungen blieben religiöse: Wiederherstellung des alten, von Parteipolitik unabhängigen Glaubens und Müllers Abgang. Wie ernst der die Situation einschätzt, ist daraus zu ersehen, daß er vier Tage vor Weihnachten nach Hannover reiste, um sich mit dem Vertrauensmann der Altgläubigen, Bodelschwingh, auszusprechen. Resultat: eine neue Bischofskonferenz, die abermals Müllers Kopf forderte, andernfalls die Opposition

zu „aktivem Widerstand" entschlossen

sei; sie werde, wenn ihren Forderungen bis 24. Dezember nicht entsprochen werde, ihren kirchenpolitischen Standpunkt von der Kanzel herab verkündigen. Da Müller blieb und da es auch müllergläubige Pfarrer gibt, kann man sich den erhebenden Gottesfrieden ausmalen, der in diesen Tagen christlicher Hochfestlichkeit rings um die Kanzeln des Dritten Reiches tobte.

Der Kampf geht weiter und wie er auch ausläuft: er hat den braunen Erneuerern bis jetzt eine Niederlage nach der anderen beschert.

50 Jahre

Kampfjubiläum des „Vorwärts"

Ein halbes Jahrhundert vollendet sich, seit das „Berliner Volksblatt", der Vorläufer des „Vorwärts", zu erscheinen begann. Es war zur Zeit des Sozialistengesetzes. Unter der falschen Beschuldigung, die Attentate auf Wilhelm I. seien von Sozialdemokraten verübt worden, hatte Bismarck Presse und Organisation der Sozialdemokratischen Partei verboten, die Anhänger der sozialistischen Lehre unter Ausnahmezucht gestellt.

> Es steht ein Blatt geschrieben
> Im Buch der deutschen Schmach,
> Das wird der Teufel lieben
> Bis auf den jüngsten Tag.

So charakterisierte der Freiheitsdichter Karl Henckell Bismarcks Sozialistengesetz. Heute erscheint uns jene Zeit als geradezu noch liberal. Denn nicht nur gab es keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität, es gab keinen totalen Staat und keine totale Willkür, sondern es gab eben nur ein Sozialistengesetz, ein Gesetz also, das den Behörden zur Richtschnur diente und das je nach Ort und Zeit strenger oder weitherziger ausgelegt wurde. Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich, nur daß sich diese eben nicht gerade als sozialistisch bezeichnen durfte.

So entstand im sechsten Jahre des Sozialistengesetzes das „Berliner Volksblatt". Blättert man heute in seinen alten Jahrgängen, so ist man erstaunt, was alles in Berlin unter dem eisernen Kanzler in der Zeit des Sozialistengesetzes geschrieben werden konnte. Heute würde der hundertste Teil davon genügen, nicht nur ein Verbot des Blattes herbeizuführen, sondern auch Verleger und Redakteure für die Lebenszeit des gegenwärtigen Regimes in das Konzentrationslager oder ins Zuchthaus zu bringen.

Die ersten Verhandlungen über eine publizistische Vertretung der Partei im Ausland wurden schon drei Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geführt. Die Entscheidung fiel aber erst nach qualvollem Hin und Her nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser zu Anfang Mai. Am 18. Juni erschien dann die erste Nummer des „Neuen Vorwärts" in Karlsbad. Ursprünglich sollte es bei dem alten Namen „Vorwärts" verbleiben, doch machte die Kommunistische Partei, die in Reichenberg ein Blatt gleichen Namens herausgab, auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches ältere Rechte geltend. Im übrigen hatte die so entstandene teilweise Namensänderung auch ihr Gutes, indem sie andeutete, daß der „Vorwärts" vor neuen Aufgaben stand und in neuem Geiste an sie heranzutreten entschlossen war.

Die Erkenntnis, daß es jetzt in Deutschland nichts anderes gibt als den kompromißlosen revolutionären Kampf gegen das herrschende Regime der Despotie, hat sich nicht ohne weiteres durchgesetzt. Der „Neue Vorwärts" darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, sie von seiner ersten Nummer an konsequent vertreten zu haben. Das geschah ohne persönliche Gehässigkeit gegen diejenigen, die sich nicht mehr auf die Erfordernisse der neuen Zeit umzustellen vermochten und die sich darum hartnäckig an Illusionen klammerten. Aber darüber soll doch kein Zweifel möglich sein, daß sich der „Neue Vorwärts" bewußt in den schärfsten sachlichen Gegensatz zu jenen stellt, die glaubten, etwas vom Geist und Körper der alten Partei durch Stillhalten und Resignation erhalten zu können.

Der Entschluß, das alte Banner über die Grenze zu tragen, war gewiß nicht leicht. Er offenbarte die Tragödie nicht bloß einzelner Menschen, sondern auch — und das bedeutet unendlich mehr — einer großen Idee und einer stolzen Bewegung. Aber er bedeutete eben nicht nur ein Ende, sondern auch einen Anfang, nicht nur eine Besiegelung der Niederlage, sondern auch eine neue Kampfansage. Der Entschluß, den „Vorwärts" im Ausland erscheinen zu lassen, wird endgültig gerechtfertigt sein an dem Tage, an dem er zum ersten Mal wieder im Inland erscheinen wird, in einem befreiten sozialistischen Deutschland!

Schwankendes England

V. Sch., London, 23. Dezember 1933.

Es wird den Engländern nachgerühmt, daß sie in ihrer politischen Geschichte oft Fehler begangen haben, aber in kritischen Augenblicken instinktmäßig immer das Richtige erkannt und danach gehandelt haben. Wenn diese Behauptung, die übrigens die Briten selber gern aufstellen, zutrifft, dann müßten wir daraus schließen, daß die gegenwärtige weltpolitische Situation nicht kritisch ist. Aber diejenigen, die mit uns der Meinung sind, daß die jetzigen Wochen vielleicht ausschlaggebend sein werden für die weitere Gestaltung Europas und seiner Zivilisation auf Jahrzehnte hinaus, werden eher die andere Schlußfolgerung ziehen, daß der angebliche sichere politische Instinkt der Engländer in gefährlichen Zeiten keine allgemein gültige Regel ist.

Man soll die Dinge beim rechten Namen nennen: Hitlers Wagnis, hat — einstweilen — zur Konsolidierung seines Regimes geführt Sein Prestige ist im Innern dadurch gestärkt worden, daß er — einstweilen — bewiesen hat,

daß die Außenwelt Angst vor der rohen Gewalt hat,

die er und seine braunen Horden verkörpern.

Einstweilen — denn noch ist das Triumphlied der Gewalt noch nicht zu Ende erklungen. Schon zeigt es sich, daß Hitler, vom Erfolg seines ersten außenpolitischen Bluffs berauscht, seine Forderungen dermaßen übersteigert, daß die bereits erschlaffte, resignierte Außenwelt doch aufzuhorchen und zu reagieren beginnt.

Aber wer die letzten zwei Monate überblickt, der muß feststellen, daß Großbritanniens Haltung als unsicher und schwankend bezeichnet werden muß. Die Regierung allein dafür verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. Denn erstens ist das Kabinett Macdonald in dieser Frage alles eher denn einheitlich. Zweitens erstrecken sich diese Meinungsgegensätze auf alle Parteien, auf alle politischen und wirtschaftlichen Kreise. Es gibt überall Menschen, die glauben, daß man nur durch Konzessionen an Hitler-Deutschland den Frieden retten kann, daß man daher

auf Frankreich den stärksten Druck

ausüben müsse und daß man daher auch so tun sollte, als ob man den Friedensbeteuerungen des deutschen Diktators Glauben schenke. Und es gibt wiederum überall auch andere Menschen, die eine solche Politik als kurzsichtig ablehnen, und die voraussagen, daß man dadurch den Kriegsgeist in Deutschland nur Vorschub leistet und dem Krieg erst recht entgegentreibt.

Wahrscheinlich wäre diese letzte Auffassung einheitlicher, wenn Hitlers Aufrüstungsforderungen sich nicht auf die Landkräfte beschränken würden. Die Klage vieler Franzosen, daß England besonders dann freigiebig sei, wenn es selber nichts zu opfern brauche, ist vielleicht nicht ganz ungerechtfertigt. Wenn aber erst Frankreich unter englischem Druck den militärischen Gleichberechtigungsansprüchen Deutschlands nachgegeben haben würde, dann würde wahrscheinlich sehr bald — und durchaus logisch — der Anspruch auf gleiches Recht zur See folgen, auf den Bau von Großkampfschiffen und U-Booten, später auf die Rückgabe der Kolonien. Das sehen viele Engländer bereits heute ein, manche sprechen es sogar aus.

Hier liegt wohl die hauptsächliche Erklärung für die zumindest unklare Stellungnahme eines Teils der Arbeiterpartei zur Frage der direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und Hitler, zu denen die englische Regierung drängt, wobei sie sich sogar in ihren diplomatischen Gesprächen mit Vorliebe auf den Druck der „öffentlichen Meinung" insbesondere der Labour-Opposition, beruft. Manche Arbeiterführer und Labour-Journalisten fürchten nämlich, daß sie, falls sie gegen den Versuch der direkten Verständigung mit Hitler Stellung nähmen, in eine Front mit den Aufrüstungsimperialisten im eigenen Lager geraten könnten. Die starke — und, wie die jüngsten Wahlen beweisen, überaus erfolgreiche —

pazifistische Parole der Labour-Bewegung

hat ihren Ursprung in dieser Abneigung gegen weitere Rüstungsausgaben im eigenen Lande, dessen konservative Regierung immer wieder vorgibt, für soziale Zwecke kein Geld übrig zu haben. Aber in ihrer Wirkung hat diese Parole eine ungeheuere Verwirrung zur Folge, weil sie die klare Linie des Weltkampfes gegen Hitler verwischt und sogar manchmal den — sicherlich unbeabsichtigten — Eindruck einer außenpolitischen Hilfsstellung für Hitler gegen Frankreich erweckt.

Ein spätere Zeit wird erst im ganzen Umfange das weltpolitische Unheil ermessen können, das vor 2 Jahren durch den innerpolitischen Umschwung Großbritanniens angerichtet worden ist. Denn nicht allein, daß der Zusammenbruch der Labour-Regierung und die darauffolgende Weltkatastrophe der Labour-Party die faschistische Reaktion überall in Europa ermuntert hat, die vielleicht tödliche Krise des Völkerbundes ist nicht zuletzt durch das Schwanken und durch die Schwäche der Regierung Macdonald—Sir John Simon gegenüber Japan in der Mandschurei-Frage heraufbeschworen worden. Dieselben Kreise begehen die gleichen Fehler gegenüber dem Dritten Reich und versetzen, wenn sie so weitermachen,

den Gnadenstoß jenem Völkerbund,

an dem sie festzuhalten vorgeben. Sie hoffen, durch Konzessionen an einen vermeintlichen friedensbereiten Hitler dem neuen europäischen Kriege vorzubeugen und erkennen nicht, daß sie dadurch nur erreichen, daß Hitler im Innern an Prestige gewinnt, daß die Gewaltpolitiker in Deutschland als gerechtfertigt erscheinen können, daß die deutsche Jugend erst recht den Kürassierstiefelmethoden huldigen wird, daß Hitler Zeit gewinnt, um seine Rüstungen zu vervollständigen — und daß aus allen diesen Gründen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ins Riesenhafte wächst!

Hohn für die Opfer

Weihnachtserzählungen der gleichgeschalteten Presse.

Die „Braunschweigische Landeszeitung" vom 22. Dezember erzählt:

„In Oranienburg, in Sonnenburg, in den Konzentrationslagern Sachsens, Lübecks und Thüringens, ja in allen Lagern, die zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr errichtet werden mußten, werden die Schutzhäftlinge entlassen, denen man auf Grund ihrer bisherigen Führung zutrauen darf, daß sie sich in Zukunft einwandfrei bewegen werden. Und diese Entlassungen gestalten sich oft zu Feiern, aus denen deutlich zu erkennen ist, wie schamlos die Meute der „Emigranten" gelogen hat. So standen vor dem Eingang zum Sammellager in Sonnenburg zwei brennende Weihnachtsbäume, und unter fröhlichem Gesang zogen die Entlassenen zum Bahnhof. Aus dem Zuge heraus schüttelten sie ihren Wachmannschaften immer wieder die Hand und winkten noch lange Zeit zurück, als sie der Heimat, der Familie, der Freiheit entgegenfuhren. Der Groll, der ohne Frage jeden von ihnen bei der Verhaftung und Einlieferung beseelt hatte, war verflogen in diesen Wochen und Monaten, in denen sie wohl als Gegner aber auch als Menschen behandelt wurden. Die Großmut des Siegers, der auch in ihnen Volksgenossen sah, die sich lediglich hatten verführen lassen, wird ihren seelischen Widerstand überwunden haben... So und nicht anders entpuppen sich die „Greuel", die vor gar nicht langer Zeit die Welt empörten. Wir freuen uns, freuen uns von ganzem Herzen dieses Weihnachtsgeschenkes, das der nationalsozialistische Staat den Schutzhäftlingen macht. Nicht nur des Auslandes wegen!"

Es gibt nichts über das goldene deutsche Gemüt, das sogar noch vor der Folterkammer einen Weihnachtsbaum aufstellt! Für die Spießbürger mit Gemüt ist das Märchen berechnet. Sie sind das ganze Jahr über dafür, daß das Marxistenpack totgeschlagen wird — aber zu Weihnachten wollen sie ein Märchen über die allgemeine Menschenliebe der Henkersknechte hören!

Auf die Opfer wirkt dies Märchen wie blutiger Hohn.

Korruption! Korruption!

Es stinkt in der NSDAP.

Die nationalsozialistischen Häuptlinge gehen mit gutem Beispiel voran, und die kleinen Organisationsgötter folgen nach. Der eine steckt ein Rittergut in die Tasche, der andere ein paar hundert Mark. Bereichert euch! heißt die Parole.

Aus allen Gegenden Deutschlands mehren sich die Nachrichten, die von Unterschlagungen, Unregelmäßigkeiten, Schiebungen in der NSDAP. berichten. Wieviel mag erst unterdrückt werden!

In Berlin ist der Obmann der NSBO. im Betrieb Ullstein wegen schwerer Unregelmäßigkeiten verhaftet worden.

In Breslau wurden die beiden Leiter der NSBO. verhaftet.

In Schwandorf wurde der Führer des Arbeitslagers wegen Unterschlagung seiner Funktionen enthoben. Der Kreisleiter der NSBO. in Schwandorf hat 1600 Mark unterschlagen.

In Furth i. W. wurde der Sohn des nationalsozialistischen Staatsrats Böhm wegen Unterschlagung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Unterschied ist nur der: die Kleinen werden hinausgeschmissen, die Großen mit den Rittergütern in der Tasche aber bleiben Führer und Ehrenmänner!

Selbstmord

Die Despotie als wahre Selbstverwaltung.

Die „Frankfurter Zeitung" Nr. 897 beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem neuen preußischen Dekret über die Aufhebung der Selbstverwaltung in Preußen. Sie spricht von einer „Versöhnung von Staatsmacht und Volksfreiheit" und streut der Neuordnung die folgenden Lorbeeren:

„Sie fügt sich in den Rahmen, den der totale Staat für die praktische Mitarbeit seiner Bürger geschaffen hat, folgerichtig ein, wahrt aber den Gedanken der Selbstverwaltung, wie er, nicht formal, aber begrifflich verstanden werden will, in vollem Umfange."

Dieser Satz ist ein kompletter Unsinn. Die praktische Mitarbeit des Bürgers im totalen Staat ist gleich Null — darin besteht die Folgerichtigkeit. Wie kann aber der Gedanke der Selbstverwaltung in vollem Umfange gewahrt werden, wenn die Voraussetzung restlos gefallen ist? Die „Versöhnung von Staatsmacht und Volksfreiheit" besteht darin, daß die Volksfreiheit totgeschlagen ist!

Daß ein Reptil der Despotie versichert, die Vernichtung der Selbstverwaltung sei gleichbedeutend mit der vollen Wahrung ihres Gedankens, war angesichts der geistigen und moralischen Verwahrlosung der deutschen Presse zu erwarten. Daß aber die „Frankfurter Zeitung", deren Geschichte mit der des deutschen Liberalismus untrennbar verknüpft ist, uns den Absolutismus als die wahre Selbstverwaltung vorstellt, daß diese Zeitung damit sich selbst ihrer Geschichte und den ihre Geschichte tragenden Ideen ins Gesicht schlägt, und dabei immer noch behauptet, die alte „Frankfurter Zeitung" zu sein, die einst Sonnemann gründete — dieser beispiellose Selbstverrat dieser Zeitung und ihrer Redakteure zeigt klar den schauerlichen Absturz der deutschen Presse!

Tolle Auswüchse des Rassenwahns

„Mischehe" ungültig!

Vor einem Gericht in Berlin wurde in der vergangenen Woche eine Ehe für nichtig erklärt, die lange vor Hitlers Machtergreifung geschlossen worden war.

Der Ehemann war, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, Arier und mindestens seit den Märzwahlen 1933 Nationalsozialist. Seine Ehefrau dagegen gehörte der jüdischen Rasse und Religion an. Der Ehemann beantragte die Auflösung der Ehe mit der Begründung, zu den persönlichen Eigenschaften eines Menschen gehöre auch seine Rassezugehörigkeit. Er habe zwar gewußt, daß seine Frau Jüdin sei, aber die Bedeutung dieser Tatsache sei ihm nicht bekannt gewesen. Die Ehefrau hatte der Auflösung der Ehe widersprochen. In der Gerichtsentscheidung heißt es:

Daß zu den persönlichen Eigenschaften eines Mannes seine Rassezugehörigkeit in erster Linie gehört, ist eine Frage, die endlich im bejahenden Sinne zur allgemeinen Erkenntnis gekommen ist. Das neue Reich baut sich wesentlich auf der Zusammengehörigkeit des Volkes als Träger gemeinsamen Blutes auf. Es ist selbstverständlich, daß bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe als einer in erster Linie sittlichen, dem Fortbestand des Volkes dienenden Einrichtung ein arischer Ehegatte die Ehe mit einer Angehörigen einer volksfremden — ja volksfeindlichen — Rasse nicht abgeschlossen haben würde, wenn ihm die Sachlage zur Erkenntnis gekommen wäre.

In dem Rechtsstreit spielte nun weiter eine Rolle, ob der Ehemann die Auflösung der Ehe noch verlangen könnte. Die Anfechtung der Ehe muß innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Kenntnisnahme des Anfechtungsgrundes erfolgen. Das Gericht sagt, diese sechsmonatige Frist wäre gewahrt, denn bei der nur durchschnittlichen Allgemeinbildung des Ehemannes könne man ohne weiteres annehmen, daß ihm die volle Erkenntnis der Sachlage erst im Laufe des Sommers 33 gekommen sei, erst zu dieser Zeit also die sechsmonatige Frist zu laufen begonnen habe.

Da zur Geburt eines Nachkommens sogar die neunmonatige Frist vonnöten ist, gelten alle in den vergangenen und kommenden Monaten aus arisch-jüdischen Ehen hervorgegangenen Kinder als nicht vorhanden. Wenn sie besonders dumme Väter haben, dürfen sie sogar noch 1935 zur Welt kommen, ohne daß von ihnen Notiz genommen wird.

Wie Einstein ausgeplündert wurde

Interessante Einzelheiten über die Ausplünderung Albert Einsteins veröffentlicht die „Manchester Guardian". In einer Zuschrift, die offenbar von einer ausgezeichnet informierten Stelle ausgeht, wird daran erinnert, daß der große Gelehrte neben der Schweizer Staatsbürgerschaft auch die deutsche besitzt, die er nach dem Kriege auf Drängen Rathenaus erworben hat. Als Einstein nach Anbruch des Dritten Reichs von Amerika in Belgien ankam, ersuchte er die deutschen Behörden in Berlin um Entlassung aus dem Staatsverband. Sie wurde ihm aber zunächst nicht bewilligt, dafür aber wurden seine und seiner Frau Bankguthaben von etwa 60.000 Mark beschlagnahmt mit der Begründung, Einstein sei ein gefährlicher Kommunist und könnte das Geld für kommunistische Umsturzzwecke verwenden.

Als Einstein die Schweizer Regierung um ihre Intervention ersuchte, wurde ihr bedeutet, daß diese unzulässig sei, da ja Einstein noch deutscher Staatsangehöriger sei. Es wurde aber versprochen, ihn bald aus der preußischen Staatsbürgerschaft zu entlassen. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Dagegen wurde die Mietwohnung Einsteins in Berlin und seine Villa in der Umgebung von Nationalsozialisten ausgeplündert. Alle Wertgegenstände, Silber, Kunstwerke, Violinen und sogar ein Boot, ein Geschenk eines amerikanischen Freundes, wurden weggenommen. Sein wissenschaftliches Material und seine private Korrespondenz wurden gleichfalls gestohlen.

Der Regierungserlaß, der die Beschlagnahme des Vermögens der Staatsfeinde anordnet, ist erst im Juli erschienen. Einstein hatte um seine Entlassung aus der deutschen Staatsbürgerschaft schon Monate zuvor nachgesucht. Es ist offenbar, daß man sie ihm nicht bewilligt hat, weil in diesem Falle die Schweiz den Schutz seines Eigentums hätte übernehmen können. Nicht eher wollte man Einstein loslassen, als bis man ihm den letzten Rest seiner Habe gestohlen hatte.

Und warum man das tat? Um die Welt vor dem Bolschewismus zu schützen. Das ist die Moral von der Geschichte!

Um Deutschland

Interessante neue Veröffentlichungen.

In der Weihnachtsnummer des „Aufruf", Streitschrift für Menschenrechte, Prag, wird ein Briefwechsel veröffentlicht, den Einstein und Sigmund Freud mit dem Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit über das Thema „Warum Krieg?" geführt haben.

Robert Larus beschäftigt sich in der „Weltbühne" Nr. 51 mit den Rückwirkungen der Krise auf die Jugend. Sein Aufsatz „Der Streik der Jugend" gibt ein erschütterndes Bild von der geistigen und moralischen Verheerung, die die letzte Phase des Kapitalismus unter der jungen Generation angerichtet hat.

Das „Neue Tagebuch" (Paris-Amsterdam) setzt sich in Nr. 26 gegen eine Propagandalüge der mit dem Wolff-Büro verbundenen Conti-Agentur zur Wehr.

Die Fahrt ins Gelbe

Arbeitsfront in Uniform ohne Recht

Nach der Machtergreifung Hitlers glaubten eine nicht geringe Anzahl Arbeiter, daß nun die Zeit gekommen sei, um mit Hilfe der NSBO., hinter der ja die neue Statsgewalt stand, das Uebergewicht in den Betrieben zu erobern. Es fehlte von Februar bis Mai nicht an Anläufen hierzu. Triumphierend wußte die Nazipresse zu melden, wie NSBO. und SA. bald einen Unternehmer gezwungen hatten, eine verkündete Lohnsenkung zurückzunehmen, bald Entlassungen rückgängig zu machen usw.

Aber sehr rasch zeigte sich,

daß die neue Staatsmacht sehr viel stärker hinter den Unternehmern stand,

als hinter ihrer eigenen NSBO. Immer schärfere Dekrete verboten der NSBO. und SA. derartige „Eingriffe in das Wirtschaftsleben". Als das nicht half, erklärte Hitler offiziell die Revolution für beendet. Oertliche und provinzielle Leiter, die im Lohnkampf die Partei der Arbeiter ergriffen hatten, wurden zurückgepfiffen oder kaltgestellt und schließlich wanderten die Führer der nationalsozialistischen Betriebszellen, die noch immer an die Realität des Hitlerschen „Sozialismus" glaubten, wie z. B. die Zellenobleute der großen Schiffahrtsgesellschaften in Konzentrationslagern, wodurch sie sich dann hinreichend überzeugen konnten, daß Schacht, Thyssen und Vögler wirklich nicht zum Zwecke der Verstaatlichung privater Trusts an die Macht gekommen waren.

Die letzte Zeit hat nun die Entmachtung der Arbeitslosen durch den Nationalsozialismus zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die Quintessenz aller von der „Arbeitsfront" und ihrem Leiter, dem Chemiker Dr. Ley, mit großem Gepränge verkündeten Maßnahmen läuft darauf hinaus, daß der Arbeiterschaft jeder Einfluß auf die Gestaltung der grundlegenden Arbeitsbedingungen, nämlich auf Arbeitslohn und Arbeitszeit entzogen wird. Beides wird wieder

unumschränkt in die Hände der Unternehmer gelegt,

wobei den Arbeitern bestenfalls der Weg einer Beschwerde an die staatlichen, nationalsozialistischen Aufsichtsorgane offen bleibt. Kollektive Arbeitsniederlegung zum Zwecke der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen wird verboten, sogar unter Strafe gestellt, ganz abgesehen davon, daß irgendwelche Streikkassen nicht mehr existieren.

Denn die gleichgeschalteten, früheren Gewerkschaften, die innerhalb der „Arbeitsfront" nur noch ein Scheindasein führen, werden — wie die „Arbeitsfront" selber — nur noch die Rolle spielen dürfen, die früher den mit Recht von der Arbeiterklasse

tiefverachteten gelben Werkvereinen

überlassen blieb: harmlose Geselligkeit, eine harmlose „Bildung" und gewisse Unterstützungsleistungen werden das einzige Feld ihrer Tätigkeit bilden, wenn man etwa noch „praktische Vorschläge an die Werksleitung", die diese in den Papierkorb wirft, hinzurechnet.

Diese Fahrt ins Gelbe ist in den acht Monaten der Hitlerregierung ganz systematisch vorbereitet worden. Zunächst haben die Ley und ähnliche Schwätzer den Arbeitern erzählt, daß man sie von dem „Minderwertigkeitskomplex erlösen müsse, den die bösen Marxisten ihnen eingeimpft hätten. Lassalle nannte in seiner ersten programmatischen Rede die Arbeiterklasse „den Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden würde" — das ist wahrscheinlich der Quell der Minderwertigkeitsgefühle. Nach Ley und Konsorten aber gilt es nur, die „Ehre" des Arbeiters wieder herzustellen. Wäre das geschehen, dann „ließe es sich ertragen", daß der Arbeiter weniger als andere verdiene.

So geschah es. Man stellte die „Ehre" des Arbeiters in derselben Weise her, wie man in Vorkriegszeiten vom Staate sagte, daß er seine Beamten zur Hälfte statt mit Geld mit der Ehre bezahle, nämlich mit Orden und Titeln.

Man gab den Arbeitern — eine Uniform!

Nicht etwa die Uniform selber, sondern die Erlaubnis, sich eine auf eigene Kosten anzuschaffen. Im zweireihigen blauen Anzug mit Stehkragen und schwarzer Krawatte soll der Proletarier des Dritten Reiches sich als „besserer Mensch" vorkommen. Man schmeichelt ihm, indem man die Unternehmer veranlaßt, den gleichen Anzug bei festlichen Anlässen zu tragen. Genau so wurde ehemals dem Rekruten eingeredet, daß er „des Königs Rock" trüge. So nämlich, wie zwischen Wilhelms Paradeuniform und der speckigen abgetragenen Rekrutenmontur, wird der Unterschied dieser „Einheitsanzüge von Unternehmer und Proleten sein!

Dem Appell an die kindische Eitelkeit, so recht der Denkart eines Ley entsprechend, folgt der Appell ans deutsche Gemüt. Nicht das Arbeitsverhältnis des werktätigen Menschen ist mehr das zentrale Problem, um das die soziale Frage kreist, sondern — sein Feierabend!

Nichts kennzeichnet so sehr die völlige Verwirrung aller Begriffe, die der Nationalsozialismus planmäßig betreibt, wie die groteske Tatsache, daß dieser „Sozialismus" die Lösung der sozialen Frage nicht bei der Produktionstätigkeit des Arbeiters, sondern — bei seiner Freizeit anfangen will! Nicht auf den Lohn, nicht auf die Arbeitszeit kommt es an, nein, darauf, wie der ausgebeutete Proletarier die paar freien Stunden verbringt, die sein Ausbeuter ihm läßt. Hier müssen wir die verachteten Gelben um Entschuldigung bitten: so hoffnungslos oberflächlich haben selbst sie das soziale Problem nicht gesehen.

Was aber geschieht mit dem Arbeitsverhältnis selber?

Das einzige, was Ley den Arbeitern anbietet, ist eine mehrwöchige Kündigungsfrist, ein sehr zweischneidiges Geschenk: verhindert es doch die Arbeiter, bei besserer Konjunktur die einzige Chance wahrzunehmen, die ihnen selbst das frühkapitalistische Zeitalter bot: nämlich den Versuch, durch Wechsel des Betriebes bessere Bedingungen zu erzielen. Bei Zeiten langfristiger Arbeitslosigkeit — wie der jetzigen Krise — bedeutet eine Galgenfrist von zwei Wochen für den gekündigten Arbeiter keinerlei Rettung, bei Zeiten guter Konjunktur wird die Kündigungsfrist zum Hemmschuh.

Hinter all diesen Maßnahmen aber steht außerdem ein unsichtbares „Dafür . . . ." Nämlich:

dafür darf von den Löhnen nicht mehr gesprochen werden.

Hat Ley doch mit offenem Zynismus erklärt: die Gelder, die früher dem deutschen Arbeitsmenschen (welch „ehrenvolle" Bezeichnung!) für Kampf- und Streikzwecke von den Gewerkschaften abgenommen worden seien, sie würden jetzt für die Ausschmückung seines Feierabends verwendet werden. Wie rührend, wie sinnig! Früher wurden mitunter mit Hilfe dieser Gelder zehn oder fünfzehn Prozent Lohnerhöhung erzielt. Damit ist es nun aus: statt der Lohnerhöhung gibt es vielleicht ein Blasorchester. — Und eine deutsche Jungfrau wird dem Arbeiter Verse deklamieren: „Was frag ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin . . . .?"

Es ist von den Nazis nicht etwa nur der Klassenkampf eingestellt, wie ihn die Sozialdemokratie den Arbeitern als Notwendigkeit unter dem kapitalistischen System predigte. Das wäre viel zu wenig gesagt. Eingestellt ist vielmehr unter der Herrschaft Hitlers jene bescheidene Interessenvertretung der Arbeitnehmer, wie sie sogar die Christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunkerschen, ja, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sich zum Ziele gesetzt hatten. Selbst diese, die bürgerliche Gesellschaftsordnung bejahenden Verbände hatten doch auf Grund ihrer Arbeit einsehen müssen, daß sie nicht gemeinsam mit den Unternehmern, sondern nur getrennt von diesen und gegen sie ihre Interessen wahrnehmen könnten. Was aber tut der Nazi-Ley? Er bringt die Gewerkschaften, in denen Arbeiter und Angestellte unter sich sind, zum Absterben, indem er ihnen

die Aufnahme neuer Mitglieder untersagt.

Statt dessen trifft sich alles, Unternehmer, leitender Angestellter, unterer Angestellter und Arbeiter in der „Arbeitsfront". Und über dem schwebt das gelbe Bekenntnis Leys, schöner als es je ein Harmonieapostel des Manchester-Liberalismus vor drei Menschenalter geprägt hat: „Die Arbeiter können nur glücklich sein, wenn es ihrem Unternehmer gut geht . . ."

Womit man von 1933 etwa bis 1833 zurückgelangt ist.

1929 Hermann Müller – 1933 Adolf Hitler

Um den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang im faschistischen Deutschland im vollen Maße überblicken zu können, genügt es nicht, die Zahlen der allgemeinen Wirtschaftsstatistik zu verfolgen. Viel deutlicher zeigen sich die Wirkungen der Hitler-Katastrophe im Realeinkommen der breiten Volksschichten. Wir sind heute in der Lage, das Absinken der Löhne und Gehälter der rund 600.000 Arbeiter und Beamten der Deutschen Reichsbahn in absoluten Zahlen nachzuweisen. Zur Erläuterung der Zahlen sei vorausgeschickt, daß die Reichsbahnarbeiter in drei Lohngebiete eingegliedert sind, von denen jedes fünf Ortsklassen hat. Für jedes Lohngebiet und jede Ortsklasse ist ein Tariflohn festgesetzt, der für die männlichen Arbeiter in sieben Lohngruppen eingeteilt ist. Dazu kommen Kinderzuschläge, Frauenzuschlag, usw., auch an manchen Industrieplätzen Ortslohnzulage. In den folgenden Gegenüberstellungen, wie sie auf Grund von Tatsachen im Organ des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes zusammengestellt werden konnten, sind einige Monatslöhne auf Grund der in der Regel zu leistenden Arbeitstage für einige Arbeiterkategorien Lohngebiete und Ortsklassen berechnet. Der Vergleich ist politisch besonders lehrreich, denn die letzte Lohnerhöhung war im Mai 1929 unter der Regierung Hermann Müller erfolgt. Es wird gegenübergestellt das Bruttoeinkommen von Arbeitern in der höchsten Lohnstufe ohne Kinderzuschlag.

		Handwerker RM	Rangierab. RM	Streckenarb. RM
Lohngebiet 3, Ortskl. A	Oktober 1929	318.25	247.—	262.10
und 50% Ortslohnzulage . .	Oktober 1933	207.35	202.50	170.80
Lohngebiet 2, Ortskl. B . . .	Oktober 1929	259.70	202.80	205.30
und 28% Ortslohnzulage . . .	Oktober 1933	165.10	160.60	136.30

Bei den Rangierarbeitern ist in den Löhnen noch die neunstündige Arbeitszeit inbegriffen. An Abzügen für Sozialversicherung müssen im Dritten Reich 12 Prozent gerechnet werden. Die Gegenüberstellung zeigt, daß Adolf Hitler seinen Vierjahresplan, der das große Geheimnis dieses Arbeiterbefreiers sein sollte, bereits in zehn Monaten nur allzu deutlich kenntlich gemacht hat.

Bei den Reichsbahnbeamten wird zum Grundgehalt ein Wohnungsgeldzuschuß, abgestuft nach 6 Tarifklassen und Ortsklassen, bezahlt. Die folgende Gegenüberstellung ist aus der mittleren Ortsklasse B ohne Kinderzuschlag entnommen:

	Weichenw. Min.	Schaffner Höchst	Zugmeister Min.	Zugmeister Höchst	Sekretäre Min.	Lockführer Höchst
Oktober 1929	162.—	246.33	225.50	283.83	246.33	342.17
Oktober 1933	129.60	197.06	180.40	226.73	197.06	272.81

Davon gehen durch „freiwilligen Zwang" erhebliche Summen für Haus- und Straßensammlungen, bei denen kein Sonntag ausgelassen wird. Will der Reichsbahnbeamte oder Arbeiter nicht „vorgeladen" werden, so muß er spenden für SA., Stahlhelm, Hitlerjugend, Rotes Kreuz, Mittelstandshilfe, Bauernhilfe, Auslandsdeutsche, Giftgas- und Fliegerabwehr usw. Auch der Auslandszuschlag ist abgebaut worden, dagegen ist der Reichsindex für Lebenshaltungskosten ständig angestiegen.

Die gleichgeschaltete Eisenbahnerorganisation ist von jeder Einflußnahme auf die Lohngestaltung ausgeschaltet, um sich restlos der großen nationalsozialistischen Erziehung hingeben zu können. Das sollte eigentlich überflüssig sein. Wir glauben dieser lebendige Anschauungsunterricht des skrupellosen Lohnabbaues dürfte den Eisenbahnern bereits genügend Aufklärung über das Wesen des Nationalsozialismus gebracht haben.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.